

Eine Erklärung der christlichsozialen Partei.

Der Vorstand der Wiener christlichsozialen Partei hat einstimmig nachstehende Kundgebung beschlossen:

Die mangelnde Voraussicht und geringe Latenzkraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehllquote geführt. Durch das Hinzutreten staatsfeindlicher Elemente löste dieser Notstand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging. Die christlichsoziale Partei hofft und erwartet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem baldigen und dauernden Verständigungsfrieden mit Rußland führen. Sie ist von der aufrichtigen Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und hegt volles Vertrauen, daß der Minister des Aeußern alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche vorkehren wird, um zum Frieden zu gelangen. Die christlichsoziale Partei hält

es aber für schädlich, wenn im jetzigen Augenblicke, wo die Geschlossenheit der Monarchie allein unsere Vertreter zu einem kraftvollen Auftreten befähigen kann, durch politische Ausstandsbewegungen deren Stellung geschwächt wird. Die einmal in Fluß geratene Bewegung ist in ihrem weiteren Verlaufe zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenützt worden. Die Verhandlungen mit der Regierung wurden einseitig von einer Partei geführt, die gesamte nichtsozialdemokratische Wiener Presse mundtot gemacht, die Informierung der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Dieser Entwicklung der Ereignisse hat die Regierung mit verschränkten Armen zugeesehen, sie sogar aktiv unterstützt. Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Vergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein. Die Leiden und Entbehrungen des Krieges tragen alle Kreise der erwerbenden Bevölkerung ohne Ausnahme, sie haben daher vollen Anspruch auf gleichmäßige Behandlung und Würdigung. Die Regierung hat zu unserem lebhaften Bedauern nichts getan, um die innerstaatliche Ordnung wenigstens vorzubereiten und durch volkstämmliche Reformen neue Wege des politischen Lebens zu erschließen. Sie darf aber auf keinen Fall die Regierung einer Partei, sondern muß pflichtgemäß die Regierung der Gesamtbevölkerung sein.